

QUEER

stellen!

Der CSD erinnert an den Tag, an dem sich Lesben und Schwule zum ersten Mal geschlossen und militant gegen ihre Kriminalisierung durch die Polizei gewehrt haben. Es reicht aber nicht, sich einfach zu erinnern. Die Probleme sind nur andere geworden.

Der §175 ist weg. Aber eine volle Gleichberechtigung gibt es nach wie vor nicht. Stattdessen wird für viele Schwule, Lesben und Bisexuelle die persönliche Situation von Tag zu Tag schwieriger – bedingt durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Und die werden auch nicht durch die Homo-Ehe beseitigt.

Es reicht nicht, wenn mensch sich heute auf schwule Lobbypolitik á la SVD beschränkt. Eine Lobby gibt es eh höchstens für eine Minderheit der Schwulen, für Lesben schon gar nicht. In einer Republik, in der die Politik aller im Parlament vertretenen Parteien weiter nach rechts geht, bleiben dann nur noch so zahme Forderungen wie die nach der Homo-Ehe übrig. Dabei wird einfach mal vergessen, daß für die meisten Schwulen, Lesben und Bisexuelle die Realität nicht eine ewige Zweierbeziehung ist und diese eben nur eine Möglichkeit von vielen ist, wie mensch mit anderen zusammen leben kann.

Nicht wir müssen unsere Lebensweise anpassen!

Unsere Lebensweise muß akzeptiert und gleichgestellt werden!

Viele kommerzielle Läden haben mittlerweile kapiert, daß mit einem Teil der Schwulen gutes Geld zu machen ist. Da können sonst schlecht besuchte Abende gefüllt werden. Nur was ist mit dem anderen Teil? Einem arbeitslosen schwulen Postler, den die Privatisierung um seinen Job brachte? Oder einer lesbischen Studentin, die nebenbei noch jobt und neuerdings noch Studiengebühren bezahlen muß? Was passiert mit dem an AIDS erkrankten Schwulen, der in die Sozialhilfe runterfällt und den Seehoferschen Gesundheitsreformen in die Fänge gerät?

Es ist eine einfache Wahrheit, daß ein Manager ein Manager bleibt, auch wenn er stockschwul ist. Er muß eben trotzdem nach den Gesetzen des Kapitalismus funktionieren und wird schwule oder lesbische Kolleginnen ebenso feuern, wenn es erforderlich wird.

Außerdem kommt mit dem verschärften sozialen Klima noch eine andere Gefahr auf uns zu. Ein Parlament, was unter dem Eindruck der Krise ein rassistisches Gesetz nach dem anderen durchpeitscht, ist keine verlässliche Stütze für schwul-lesbische Interessen. Ein Warnzeichen sollte die republikanische Rechte in den USA sein. Und auch von der Sozialdemokratie sind bei einem Regierungswechsel keine

Wunder zu erwarten. Tony Blair, mit seinem übrigens sehr traditionell geprägten Familienbild, greift in Großbritannien mit einem Gesetz allein-stehende Mütter an. Wie viele lesbische Frauen werden wohl darunter sein? Die schwul-lesbische Emanzipation steht auf tönernen Füßen.

Alle, die sich aufgrund ihres Portemonnaies nicht einfach in die kommerzielle Ecke zurückziehen können, sollten sich für eigenständige Treffpunkte einsetzen, die sich jede und jeder leisten kann. Gleichzeitig müssen wir an Schulen, in Gewerkschaften, auf der Straße klar machen, daß es noch immer nicht selbstverständlich ist, jeden Tag an jedem Ort offen schwul, lesbisch oder bisexuell zu leben. In allen Schattierungen und mit allen Möglichkeiten. Zum anderen müssen wir uns mit all denen solidarisieren, die sich gegen die alltäglichen Folgen des Kapitalismus wehren. Auf diesem Wege

werden sich Vorurteile auch schneller erledigen. Warum keine Regenbogenfahnen auf Arbeitslosenprotesten?

Wir fordern:

- Asylrecht für verfolgte Schwule und Lesben
- Anerkennung und Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften im Adoptions-, Miet-, Besuchs- und Steuerrecht
- eine Mindestsicherung (Mindestlohn, Grundsicherung von 2000 DM)
- ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen
- Rücknahme aller Kürzungen bei selbstverwalteten Projekten
- Durchbrechung des totalen heterosexuellen Bildes in den Lehrplänen der Schulen

Was will die SAV?

Die SAV ist eine sozialistische Partei – demokratisch aufgebaut und ohne abgehobene Berufspolitiker. Wir sind für:

Gegenwehr – gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, gegen Diskriminierung gleich welcher Art und Rassismus konkret im Stadtteil, Betrieb und an der Schule.

Solidarität – für einen gemeinsamen und internationalen Kampf gegen die Unternehmerpolitik und gegen jede Spaltung. Wir sind daher mit über 30 sozialistischen Organisationen international im "Komitee für eine Arbeiterinternationale" zusammengeschlossen.

Sozialismus – Im Kapitalismus sind fortschrittliche Reformen nicht von Dauer. Es gibt die Alternative einer sinnvoll geplanten sozialistischen Gesellschaft. Sozialismus braucht Demokratie. In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der bürokratische Stalinismus. Eine sozialistische Gesellschaft schafft auch die Voraussetzungen für ein Ende jeglicher Diskriminierung.

SAV

Sozialistische Alternative